Drucksache Nr.:
15359-19

Fraktion Alternative für Deutschland • Friedensplatz1/Rathaus • 44135 Dortmund

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Stadtgestaltung und Wohnen

Friedensplatz 1 /Rathaus
44122 Dortmund
Andreas Urbanek
Zimmer 416
Telefon: (0231) 50-27160

02.09.2019

Vorschlag zur Tagesordnung

Sitzungsart:	Stellungnahme:	Dringlichkeit:
öffentlich		

Gremium:	Beratungstermin:
Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen	18.09.2019

Tagesordnungspunkt

Entsiegelung kommunaler Flächen

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

derzeit prüfen zahlreiche Kommunen in NRW die mögliche Entsiegelung bereits betonierter und asphaltierter Flächen. Täglich verschwinden 5 Hektar Land in NRW unter wasserundurchlässiger Bebauung. Anstatt Hauseigentümer durch Steinvorgärtenverbote oder Dachbegrünungszwang für einen größtenteils ideologisch motivierten Kampf gegen den Klimawandel zu rekrutieren, sollte die Stadt Dortmund zunächst Maßnahmen prüfen, die ihre eigenen Liegenschaften und Flächen betreffen.

Die Landesregierung NRW hat Luftaufnahmen sämtlicher Städte anfertigen lassen und daraus Karten erstellt, die versiegelte Flächen aufzeigen. Mit Hilfe dieser Karten kann jede Kommune feststellen, wo Asphalt oder Beton entfernt werden könnte (Schulhöfe, Brachflächen, Innenstadt, etc.). Das Land NRW stellt für diese Entsiegelungsmaßnahmen Fördermittel zur Verfügung.

12 Städte und Kommunen in NRW beteiligen sich bereits an diesem Projekt (u.a. Neuss, Mönchengladbach und Arnsberg). Die Stadt Solingen hat auf ihrem Gebiet 60 Flächen erfasst, die möglicherweise renaturiert werden könnten. Eine Entsiegelung bietet für die

Städte große Vorteile: Betonierte Flächen können Wasser weder speichern noch abgeben und erhöhen damit das Risiko überlaufender Kanäle und Überschwemmungen bei Starkregen. Des Weiteren ist der Boden unter der Fläche nicht mehr intakt, da dort so gut wie kein Leben mehr existieren kann. Der heiße Sommer 2018 hat uns gezeigt, dass Betonflächen Hitze speichern und Freiflächen daher besser für wilde Wiesen genutzt werden sollten.

Die AfD-Fraktion bittet daher um Zustimmung zu folgendem Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Luftaufnahmen, die durch die Landesregierung NRW zur Eruierung möglicher Flächen mit Entsiegelungspotential gefertigt wurden, auszuwerten. In einem zweiten Schritt sind die geeigneten Flächen zu entsiegeln. Entsprechende Fördermittel des Landes NRW sind hierfür zu beantragen.

gez. Matthias Kühr f.d.R. Andreas Urbanek